Langfassung

Stellungnahme zum „Politischen Fahrplan“ von Spotify

Im Interesse freier Musikschaffender

Wir haben den von Spotify veröffentlichten politischen Fahrplan zur Kenntnis genommen. Er erhebt den Anspruch, einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung des Musikstreamings zu leisten. Aus Sicht freier Musikschaffender wirft das Dokument jedoch Fragen auf.
Im Folgenden nehmen wir zu den zentralen Punkten Stellung.

Rechenfehler oder doch nur gut 50 % Ausschüttung?
Spotify behauptet, etwa zwei Drittel jedes Euros an Rechteinhaber*innen – darunter Musikunternehmen (Labels) und Musikverlage – auszuschütten.
Nach eigenen Angaben zahlte Spotify im Jahr 2025 rund 9,2 Milliarden Euro an Rechteinhaber*innen (Labels, Verlage und Verwertungsgesellschaften) aus.
Gleichzeitig lag der Jahresumsatz laut Spotify bei 17,2 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon entsprächen 11,46 Milliarden Euro – nicht 9,2 Milliarden Euro.
Die von Spotify selbst veröffentlichten Zahlen ergeben somit keine Ausschüttung von zwei Dritteln, sondern lediglich 53 Prozent. Das ist nicht „zwei Drittel“, sondern gut die Hälfte.
Wir bitten Spotify diese Diskrepanz zu erklären und künftig transparent und korrekt zu kommunizieren.

Spotify versucht Verantwortung zu verschieben
Im politischen Fahrplan beschreibt Spotify Probleme bei Metadaten, Verwertungsgesellschaften, Lizenztransparenz und staatlichen Rahmenbedingungen. Dadurch entsteht der Eindruck, die strukturellen Schwächen des Streaming-Systems lägen primär außerhalb der Plattform.
Diese Darstellung greift zu kurz.
Spotify selbst bestimmt zentrale Parameter des Systems:
Das Verteilungsmodell (pro rata), Monetarisierungsschwellen, algorithmische Sichtbarkeit, die vertraglichen Machtverhältnisse gegenüber Labels sowie die kuratorische Gewichtung von Inhalten und Credits.
Wer diese Hebel kontrolliert, trägt Verantwortung für die Ergebnisse der Verteilung. Diese Verantwortung liegt bei Spotify.

Aktuell erhalten viele Musikschaffende wenig bis gar keine Erlöse, trotz Streams und der rechtlichen Verpflichtung von Spotify, eine “angemessene Vergütung” zahlen zu müssen. Zwar gibt das Recht keine Zahlen vor, was als angemessen gilt, gleichwohl ist es doch geltendes Recht, dass jede erfolgte Nutzung zu vergüten ist. 0,00 € wird dieser rechtlichen Vorgabe sicher nicht gerecht.
Dass das vielfach diskutierte User-Centric-Verteilungsmodell im politischen Fahrplan nicht ernsthaft geprüft wird, ist daher bemerkenswert, rechtlich bedenklich und politisch aussagekräftig.

Bessere Metadaten: Ja – aber bitte auch vollständige Credits

Spotify fordert Verbesserungen bei den Metadaten, die an die Plattform geliefert werden.
Die Forderung nach korrekten und vollständigen Labelcopys (vollständigen Credits) unterstützen wir ausdrücklich.
Gleichzeitig bleibt unverständlich, warum Spotify – anders als andere Streaminganbieter – selbst nicht alle Mitwirkenden in den Credits aufführt. Für die Mitwirkenden ist dies nicht nur eine Frage des Respekts, sondern kann auch konkrete ökonomische Folgen haben. So fallen insbesondere "Non featured Artists" regelmäßig durchs Raster. Autor*innen kriegen deutlich zu wenig, Studiomusiker*innen bekommen überwiegend gar nichts. Das gefährdet den Markt, die musikalische Vielfalt und letztlich den Berufsstand: Musiker*in.
Dieses Problem ist seit Jahren bekannt und technisch ohne Weiteres lösbar. Statt hier mit dem Finger auf andere zu zeigen, muss Spotify in die Pflicht genommen werden, alle künstlerischen Beteiligten sicht- und suchbar vorzuhalten.

Mehr Transparenz – aber bitte bei den Verwertungsgesellschaften?

Die von Spotify formulierten Transparenzforderungen gegenüber Verwertungsgesellschaften teilen wir nicht.
So veröffentlicht etwa die GEMA den Kostensatz der Sparte Online transparent. Mitglieder erhalten zudem Informationen über Zuschlagsverteilungen für nicht zuordenbare Mittel. Auch Auszahlungszeiträume und Erlöskategorien lassen sich nachlesen.
Forderungen zu formulieren, die in dieser Form längst umgesetzt sind, wirkt weniger wie ein Reformvorschlag als wie eine Ablenkung von der eigenen Verantwortung.
Gleichzeitig halten wir eine transparente Offenlegung von Lizenzzahlungen an Rechteinhaber*innen für einen wichtigen und überfälligen Schritt. Eine fundierte Debatte über Streamingökonomie benötigt belastbare Daten.

Ein Lob für Spotify for Artists

Bei aller Kritik möchten wir festhalten: Die Plattform Spotify for Artists bereitet bestimmte Daten für Musikschaffende tatsächlich übersichtlich und hilfreich auf – teilweise besser als andere Streamingdienste.
Diese Informationen können für Künstler*innen etwa bei der Planung von Marketingkampagnen, Touren oder Veröffentlichungsstrategien hilfreich sein.

KI und fehlende Kennzeichnung auf Spotify

Spotify fordert im politischen Fahrplan einen gemeinsamen Ansatz zur Bekämpfung von KI-Missbrauch.
Dass illegale Aktivitäten stärker bekämpft werden müssen, steht außer Frage. Verantwortung tragen hier sowohl Plattformen als auch Labels und Vertriebe, die täglich enorme Mengen neuer Tracks auf Streamingplattformen hochladen. Als Technologieunternehmen verfügt Spotify jedoch über die technischen Möglichkeiten, betrügerische Aktivitäten zu erkennen und zu verhindern. Diese Verantwortung kann nicht an andere Akteure delegiert werden.

Noch gravierender ist ein anderer Punkt:
Spotify kennzeichnet KI-generierte Musik bislang nicht.
Eine solche Kennzeichnung könnte bereits heute helfen, die zunehmende Flut automatisiert produzierter Inhalte zu regulieren und die Verteilungsstrukturen zugunsten legitimer Künstler*innen anzupassen.
Dies ist keine Absage an kreative KI-Nutzung – sondern ein Plädoyer für faire Spielregeln im digitalen Musikmarkt.
Denn für Musikschaffende gilt weiterhin: Sie müssen von ihrer Arbeit leben können.

Wahlfreiheit – oder algorithmische Steuerung?

Spotify lehnt politische Quoten oder Maßnahmen zur Hervorhebung national produzierter Musik ab und begründet dies mit der angeblichen „Wahlfreiheit" der Nutzer*innen.
Diese Argumentation ist problematisch.
Von Wahlfreiheit zu sprechen, während algorithmische Systeme systematisch Aufmerksamkeit lenken und Inhalte z.B. durch den Discovery-Mode, nach ökonomischen Gesichtspunkten, priorisieren, wirkt widersprüchlich.
Die grundsätzliche Frage lautet daher:
Akzeptiert Spotify politische Rahmensetzungen nur dann, wenn sie den eigenen Geschäftsinteressen nicht entgegenstehen?
Der politische Fahrplan legt diesen Schluss zumindest nahe.

Streamingabgabe? Da war doch was

Spotify lehnt neue Steuern oder Abgaben auf Streamingdienste ab – etwa Modelle wie die Streamingabgabe in Frankreich zur Förderung von Nachwuchskünstler*innen.
Stattdessen fordert das Unternehmen, der Staat solle Kulturförderung weiterhin aus allgemeinen Steuermitteln finanzieren.
Dabei profitiert auch Spotify selbst von staatlich geförderten Musikökosystemen. Ohne Musikschaffende gäbe es keine Inhalte – und ohne Inhalte keine Streamingplattform. Spotify selbst hat schlicht keinen erkennbaren Anteil am Entstehen von Musik hat, die sie auswerten
Besonders irritierend ist das Argument, eine Streamingabgabe würde Mittel für Maßnahmen gegen Betrug reduzieren. Die Verhinderung von Betrug sollte ohnehin Grundlage jedes funktionierenden Plattformmodells sein.

„Den Kuchen vergrößern" ist keine Lösung

Spotify argumentiert, das zentrale Ziel müsse sein, die Einnahmen aus Streaming weiter zu steigern.
Die Politik solle deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die weiteres Wachstum ermöglichen.
Diese Perspektive greift zu kurz.
Denn unabhängig von der Größe des Marktes gilt: Ein strukturell unausgewogenes Verteilungssystem bleibt ungerecht – egal wie groß der Kuchen wird.

Darüber hinaus stellt sich eine grundsätzliche Frage: Soll Musik ausschließlich nach Reichweite und Hörzahlen bewertet werden – selbst monetär?
Für freie Musikschaffende ist klar: Verteilungsgerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für faire Spielregeln im Streamingmarkt.

"Spotify zieht sich aus der Verantwortung und zeigt mit dem Finger auf Labels, Verwertungsgesellschaften und Politik. Sie müssten liefern, damit es mehr Vergütung gäbe. Das sind Nebelkerzen und lenkt von der eigenen Verantwortung ab. Wir fordern Spotify auf, endlich im Sinne der Musikschaffenden zu handeln, mit deren Werken die Plattform groß wurde, statt diese aus dem System zu drängen - durch fehlende Vergütung, Algorithmen und KI." - Christopher Annen, Vorstandvorsitzender Pro Musik.

Fazit: Was bleibt?

Der politische Fahrplan von Spotify präsentiert sich als konstruktiver Beitrag zur Zukunft des Musikstreamings. Dass er zu einem Zeitpunkt erscheint, an dem das Streamingmodell politisch zunehmend kritisch diskutiert wird – bis hin zur Ebene des Kulturstaatsministers –, ist kein Zufall.
Das Dokument wirkt jedoch weniger wie ein Reformvorschlag als wie eine strategische Positionsbestimmung.
Zentrale Verantwortlichkeiten werden von der Plattform auf Verwertungsgesellschaften, Labels oder staatliche Regulierung verschoben. Die Kernfrage bleibt unbeantwortet:
Wer trägt Verantwortung für faire Vergütung im Streaming – und wie wird sie umgesetzt?

Aus Sicht freier Musikschaffender hätte ein wirklich konstruktiver politischer Fahrplan folgende Punkte enthalten:

- die Einführung eines **nutzerzentrierten Vergütungsmodells**
- Faire Spielregeln: **Kennzeichnung von KI generierter Musik**
- Die **Nennung aller Mitwirkenden an einem Werk** in den Credits
- **Ausschüttungen ab dem ersten Stream**
- **Transparenz über Gewinn- und Verteilungsstrukturen**
- die Prüfung einer **Beteiligung der Plattformen an nachhaltiger Musikförderung**

Solange diese Fragen unbeantwortet bleiben, bleibt der politische Fahrplan vor allem eines:
ein Dokument der Verantwortungsverschiebung – nicht der Reformbereitschaft.

Kontakt:
Mario Graute | Geschäftsführer
PRO MUSIK - Verband freier Musikschaffender e.V.
mario.graute@promusikverband.de
+49 178 3365350